

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
I. Problemstellung und Ziel der Untersuchung	1
II. Gang der Darstellung	11
 ERSTER TEIL:	
Umweltschutzrecht	14
I. Begriffsbestimmungen	14
1. Definition des Begriffes „Umwelt“	14
a) Entstehung des Begriffes	14
b) Extensiver Umweltbegriff	15
c) Restriktiver Umweltbegriff	15
d) Schutzzweck	16
2. Definition des Begriffes „Umweltbeeinträchtigung“	19
II. Recht als Umwelt-Sicherungs-Instrumentarium	20
III. Gegenstand des Umweltschutzrechtes	22
1. Nationales Umweltrecht	23
a) Verwaltungsrecht	23
b) Zivilrecht	23
c) Strafrecht	24
2. Umweltvölkerrecht	26
a) Aufgaben des Umweltvölkerrechtes	26
b) Quellen des Umweltvölkerrechtes	29
c) Überblick über die völkerrechtlichen Normen und die Aktivitäten internationaler Organisationen zum Schutze der Umwelt	31
aa) Völkerrechtliche Verträge	31
(1) Ältere Verträge mit mittelbar umweltschützender Wirkung	31
(2) Verträge zum Schutz internationaler Binnengewässer	32
(3) Verträge zum Schutz der Meeresumwelt	34
(4) Verträge zum Schutz der Luft und der Atmosphäre	38
(5) Verträge zum Schutz der Flora und Fauna	41

(6) Verträge zum Schutz vor radiologischen und sonstigen gefährlichen Stoffen	43
(7) Verträge zum umfassenden Schutz der Umwelt	45
bb) Völker gewohnheitsrechtliche Grundsätze	47
(1) Materielle Normen	49
(1.1) Verbot erheblicher Schädigung der Umwelt jenseits des eigenen Hoheitsgebietes	49
(1.2) Faire und gerechte Aufteilung gemeinsamer natürlicher Ressourcen	51
(1.3) Minimierung neuer Umweltbelastungen und Verhütung hochgefährlicher Immissionen	53
(1.4) Weitere Grundsätze	54
(2) Verfahrenspflichten	56
(2.1) Informationspflicht	57
(2.2) Konsultationspflicht	59
(3) Zusammenfassung	60
cc) Aktivitäten internationaler Organisationen und Vereinigungen	61
(1) Die Vereinten Nationen	62
(1.1) Die Konferenz über die Umwelt des Menschen von 1972	62
(1.2) Das Umweltprogramm	64
(1.3) Die Generalversammlung	66
(1.4) Weitere Spezialorgane und Sonderorganisationen	67
(1.5) Die Völkerrechtskommission	69
(1.6) Die Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992	70
(2) Die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union	72
(3) Weitere staatliche Organisationen und Kommissionen	75
(4) Wissenschaftliche Organisationen	78
(5) Nichtregierungsamtliche Organisationen	79
d) Zusammenfassung und Kritik	82

ZWEITER TEIL:

Folgen von internationalen Umweltverstößen	89
I. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit	89
1. Grundzüge der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	89
2. Beteiligte	92
a) Staaten	92
b) Internationale Organisationen	93
c) Befreiungsorganisationen und „De-facto-Regime“	94
d) Natürliche Personen und innerstaatliche juristische Personen	95
e) Transnationale Unternehmen	97
3. Voraussetzungen der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit	98
a) Rechtsverletzung	98
b) Zurechenbarkeit	99
c) Schuld	102
d) Schaden	103
e) Ausschlußgründe	103
f) Risikobehaftetes Handeln	106
4. Rechtsfolgen	107
5. Völkerrechtliche Verantwortlichkeit und Umweltschutz	108
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit	114
1. Begriffsbestimmung	114
2. Verantwortlichkeit nach internationalem Strafrecht	116
a) Grundlagen	117
aa) Anknüpfungspunkte für eine Ausdehnung der Strafgewalt	119
bb) Völkerrechtliche Grenzen für eine Ausdehnung der Strafgewalt	121
b) Möglichkeiten und Grenzen des internationalen Strafrechts am Beispiel des Grundsatzes der Freiheit der Meere	122
aa) Der Grundsatz der Freiheit der Meere	123
bb) Einschränkungen des Grundsatzes nach dem völkerrechtlichen Regime der Meereszonen	125
(1) Innere Gewässer	125
(2) Küstenmeer	127
(3) Anschlußzone	130
(4) Festlandsockel	132
(5) Ausschließliche Wirtschaftszone	137
(6) Fischereizone	141

XII

(7) Zwischenergebnis	143
cc) Einschränkungen des Grundsatzes nach älteren völkervertragsrechtlichen Regelungen hinsichtlich bestimmter Verschmutzungsarten	144
(1) Übereinkommen zur Verhütung der Verschmut- zung der See durch Öl von 1954	144
(2) Übereinkommen über Maßnahmen auf Hoher See bei Ölverschmutzungs-Unfällen von 1969	145
(3) Übereinkommen zur Verhütung der Meeres- verschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge von 1972	146
(4) Übereinkommen über die Verhütung der Meeres- verschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972	148
(5) Übereinkommen zur Verhütung der Meeres- verschmutzung durch Schiffe von 1973/1978	148
(6) Übereinkommen über den Schutz der Meeres- umwelt des Ostseegebietes von 1974	150
(7) Übereinkommen zum Schutz des Mittelmeeres vor Verschmutzung auch durch Einbringung von Abfallstoffen durch Schiffe und Luftfahrzeuge von 1976	151
(8) Resümee	152
dd) Einschränkungen des Grundsatzes nach dem Seerechts- übereinkommen von 1982	153
(1) Vorbemerkung	153
(2) Regelungen zum Schutz der Meeresumwelt und deren Durchsetzung	156
(2.1) Verschmutzung vom Land aus	157
(2.2) Verschmutzung durch Tätigkeiten auf dem Meeresboden, die unter nationale Hoheits- befugnisse fallen	158
(2.3) Verschmutzung durch Tätigkeiten auf dem Meeresboden und dem Meeresuntergrund jenseits der Grenzen des Bereiches nationa- ler Hoheitsgewalt	159
(2.4) Verschmutzung durch Einbringen	160
(2.5) Verschmutzung durch Schiffe	163
(2.6) Verschmutzung aus der Luft oder durch die Luft	167
(2.7) Verschmutzung durch Seeunfälle	168
(2.8) Eisbedeckte Gebiete	169

XIII

(2.9) Schutzbestimmungen zugunsten des Flaggestaates	169
(2.10) Verantwortlichkeit, Haftung und Staatenimmunität	171
(2.11) Verpflichtungen aufgrund anderer Übereinkünfte über den Meeresumweltschutz	172
(3) Zwischenergebnis	172
c) Zusammenfassung	175
3. Verantwortlichkeit nach völkerrechtlichem Strafrecht	180
a) Normadressaten des völkerrechtlichen Strafrechtes	180
b) Verhältnis zwischen völkerrechtlichem Strafrecht und innerstaatlichem Recht	185

DRITTER TEIL:

Völkerrechtliches Strafrecht	188
I. Die Geschichte des völkerrechtlichen Strafrechtes bis zum Zweiten Weltkrieg	188
1. Anfänge	190
2. Zeitalter des Absolutismus	191
3. Weiterentwicklung bis zum 19. Jahrhundert	192
4. Entwicklung im Ersten Weltkrieg	198
5. Strafbestimmungen des Friedensvertrages von Versailles	205
6. Zeit zwischen den Weltkriegen	217
a) Kriegsverbot und Staatenpraxis	218
b) Beiträge der Völkerrechtswissenschaft	231
c) Erste Kodifikationsbemühungen	237
II. Die Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg	239
1. Vorgeschichte	239
2. Überblick über die Kriegsverbrecherprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg	247
a) Der Prozeß vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg	247
b) Die Prozesse vor den staatlichen Militärgerichten	250
c) Der Prozeß vor dem Internationalen Militärtribunal für den Fernen Osten in Tokio	255
3. Rechtsnatur der Gerichtsbarkeit und der angewandten Straftatbestände	257
a) Die Rechtsnatur der Gerichtsbarkeit	257

aa) Die Gerichtsbarkeit des Internationalen Militärt tribunales	257
(1) Völkerrechtliche Gerichtsbarkeit	258
(2) Staatliche Gerichtsbarkeit	263
(3) Besetzungsgerichtsbarkeit	265
bb) Die Gerichtsbarkeit der Militärgerichte	266
b) Die Rechtsnatur der angewandten Straftatbestände	269
aa) Bestehendes Völkerrecht	269
(1) Verbrechen gegen den Frieden	269
(2) Kriegsverbrechen	273
(3) Verbrechen gegen die Menschlichkeit	275
bb) Neu geschaffenes Völkerrecht	279
4. Rechtliche Würdigung der materiellen Bestimmungen des IMT-Statutes und des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 sowie der in den Urteilen entwickelten Grundsätze	281
a) Vorbemerkung	281
b) Die Straftatbestände	282
aa) Grundfragen der Tatbestandsmäßigkeit	282
bb) Bestimmtheit der Tatbestände und deren Auslegung durch die Gerichte	284
(1) Verbrechen gegen den Frieden	284
(2) Kriegsverbrechen	286
(3) Verbrechen gegen die Menschlichkeit	291
(4) Zwischenergebnis	294
cc) Bestimmtheit der Strafdrohung	294
dd) Analogieverbot	295
ee) Rückwirkungsverbot	298
c) Allgemeine Regeln	300
aa) Täterschaft und Teilnahme	301
(1) Strafrechtliche Verantwortlichkeit des einzelnen nach Völkerrecht	301
(2) Teilnahme	302
(2.1) Teilnahme im engeren Sinne	303
(2.2) Conspiracy	305
(3) Eingrenzung des Täter- und Teilnehmerkreises auf bestimmte Personengruppen	308
bb) Rechtswidrigkeit und Rechtfertigungsgründe	310
(1) Rechtswidrigkeit	311
(2) Rechtswidrigkeit der Unterlassungstat	312

(3) Rechtfertigungsgründe	314
(3.1) Rechtfertigender Notstand	315
(3.2) Kriegsnotwendigkeit	318
(3.3) Repressalie	319
(3.4) Einwilligung	322
cc) Schuld, Irrtum und Entschuldigungsgründe	323
(1) Kenntnis des Tatbestandes	324
(2) Kenntnis der Rechtswidrigkeit	327
(3) Handeln auf Befehl	330
(4) Entschuldigender Notstand	335
(5) Pflichtenkollision	338
dd) Tu quoque	340
d) Zusammenfassung	344
III. Die Entwicklung des völkerrechtlichen Strafrechtes seit den Nürnberger Prozessen	349
1. Die Nürnberger Prinzipien	349
2. Bestandsaufnahme des geltenden völkerrechtlichen Strafrechtes	354
a) Positivrechtlich normiertes völkerrechtliches Strafrecht	355
aa) Die Völkermord-Konvention von 1948	355
bb) Die vier Genfer Konventionen des Roten Kreuzes von 1949 und die Zusatzprotokolle von 1977	360
(1) Die vier Genfer Abkommen des Roten Kreuzes von 1949	360
(2) Die Zusatzprotokolle von 1977	366
cc) Das Apartheid-Übereinkommen von 1973	368
dd) Weitere Konventionen mit strafrechtlichem Bezug, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Umwelt	371
b) Ungeschriebenes völkerrechtliches Strafrecht	376
aa) Verbrechen gegen die Menschlichkeit	376
bb) Kriegsverbrechen	379
cc) Verbrechen gegen den Frieden, insbesondere die Aggressionsdefinition von 1974	380
dd) Weitere ungeschriebene Normen mit strafrechtlichem Bezug, insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Umwelt	386
c) Zwischenergebnis	386
3. Kodifikationsbemühungen	387
a) Der ILC-Entwurf eines „Code of Offences against the Peace and Security of Mankind“ von 1954	388

b) Der Bassiouni-Entwurf	395
c) Der aktuelle ILC-Entwurf eines „Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind“	402
aa) Die Entwicklung des Entwurfes	402
bb) Der Inhalt des Entwurfes	406
(1) Der Allgemeine Teil	406
(1.1) Definition und Klassifizierung der Verbrechen	406
(1.2) Geltungsbereich	408
(1.3) Teilnahme und Versuch	414
(1.4) Verfahrensgrundsätze	416
(1.5) Verteidigungsvorbringen	418
(2) Der Besondere Teil	421
(2.1) Verbrechen gegen den Frieden	424
(2.2) Verbrechen gegen die Menschlichkeit	430
(2.3) Kriegsverbrechen	437
cc) Stellungnahme	441
dd) Ausblick	449
IV. Die Entwicklung der völkerrechtlichen Strafgerichtsbarkeit	453
1. Bestandsaufnahme der bestehenden internationalen Gerichtsbarkeit	455
a) Die internationalen Schiedsgerichte	455
b) Der Zentralamerikanische Gerichtshof	456
c) Der Ständige Internationale Gerichtshof und der Internationale Gerichtshof	457
d) Der Europäische Gerichtshof	460
e) Der Europäische und der Amerikanische Gerichtshof für Menschenrechte	461
f) Der Internationale Seegerichtshof	462
g) Zwischenergebnis	465
2. Kodifikationsbemühungen	467
a) Die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg	467
b) Der ILC-Entwurf eines „Statute for an International Criminal Court“ von 1953	468
c) Entwurfsarbeiten außerhalb der Vereinten Nationen	471
aa) Der Bassiouni-Entwurf	471
bb) Weitere Entwürfe	474
3. Die Tribunale für Jugoslawien und Ruanda	475
a) Das Jugoslawien-Tribunal	475

aa) Errichtung	476
bb) Organisation	480
cc) Zuständigkeit	481
dd) Verfahren	489
b) Das Ruanda-Tribunal	492
c) Stellungnahme	496
4. Der aktuelle ILC-Entwurf eines „Statute for an International Criminal Court“	504
a) Die Entwicklung des Entwurfes	505
b) Der Inhalt des Entwurfes	507
aa) Errichtung des Gerichtshofes	508
bb) Organisation	511
cc) Zuständigkeit	512
dd) Verfahren	517
c) Stellungnahme und Ausblick	520
 VIERTER TEIL:	
Umweltschutz im völkerrechtlichen Strafrecht	526
I. Gegenwärtiger Stand der Einbeziehung des Umweltschutzes in die Kodifikationsbemühungen der Vereinten Nationen	526
1. Entwicklung der Artikelentwürfe zu den Umweltverbrechen	527
2. Umweltverbrechen als Kriegsverbrechen	530
3. Umweltverbrechen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ...	531
4. Stellungnahme	533
II. Versuch eines Alternativentwurfes	541
1. Umweltverbrechen als neue Verbrechensgruppe	541
2. Umweltterrorismus	543
3. Schwere Umweltschädigung	546
4. Artikelentwurf	548
5. Resümee	549
 FÜNFTER TEIL:	
Schlußbetrachtung	551
I. Zusammenfassung	551
II. Ausblick	559
 Literaturverzeichnis	569

XVIII

Anhang I:	Charter of the International Military Tribunal vom 8. August 1945	583
Anhang II:	Draft Code of Crimes against the Peace and Security of Mankind (First Reading) vom 12. Juli 1991	591
Anhang III:	Statute of the International Tribunal for the Prosecution of Persons Responsible for Serious Violations of International Humanitarian Law Committed in the Territory of the For- mer Yugoslavia since 1991 vom 3. Mai 1993	600
Anhang IV:	Draft Statute for an International Criminal Court vom 22. Juli 1994	610
Index		633